

Inwil, 19. September 2011

Direktion des Innern des Kantons Zug
Frau Regierungsrätin
Manuela Weichelt-Picard
Neugasse 2
6300 Zug

vorab per E-Mail an peter.giss@zg.ch

Vernehmlassung zur Teilrevision des Gemeindegesetzes

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP.Die Liberalen Zug bedankt sich bei der Direktion des Innern für die Möglichkeit zur Vernehmlassung zur Teilrevision des Gemeindegesetzes.

Wir stehen der Anpassung des Gemeinderechts an die heutigen Gegebenheiten - so insbesondere in den Bereichen der aufsichts-, organisations- und verfahrensrechtlichen Fragen - gemäss der Vernehmlassungsvorlage grundsätzlich positiv gegenüber. Selbstverständlich gilt es die Details im Rahmen der zu erfolgenden kantonsrätlichen Kommissionsarbeiten noch vertiefter zu diskutieren und allenfalls gewisse Anpassungen vorzunehmen.

Die FDP begrüsst insbesondere die vorgesehene Stärkung der Organisationsautonomie der Gemeinde als Ausfluss des Subsidiaritätsprinzips, wonach zukünftig Gemeinden sich zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen eine moderne Verwaltungsstruktur geben können inklusive Führung der gemeindlichen Dienststellen mit Leistungsaufträgen und Globalbudgets. Ebenfalls begrüssen wir die Ausweitung der Kompetenzen der gemeindlichen Rechnungsprüfungskommissionen zu faktischen Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommissionen, wie dies mit der Motion der FDP-Kantonsräte Beat Sieber und Peter Diehm vom 9. September 2010 auch bereits gefordert wurde.

Die FDP lehnt hingegen das von der Regierung vorgeschlagene, fakultative Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene ab. Diese Position hat die FDP-Fraktion bereits im Jahre 2006 vertreten, als der

Kantonsrat einen entsprechenden Antrag der Alternativen-Fraktion im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (WAG) klar abgelehnt hat (Vorlage Nr. 1300.21). Jede Ausländerin und jeder Ausländer, wenn sie oder er genügend lange in der Schweiz lebt und die übrigen Voraussetzungen erfüllt, kann das Schweizer Bürgerrecht und somit auch das umfassende Stimm- und Wahlrecht erlangen. Dies stellt auch sicher, dass nur denjenigen ausländischen Personen das Stimm- und Wahlrecht erteilt wird, die mit den schweizerischen, kantonalen und örtlichen Lebensgewohnheiten vertraut sind, genügend Sprachkenntnisse besitzen und sich auch aktiv um die Erlangung des Stimm- und Wahlrechts bemühen. Die FDP lehnt es zudem ab, das Wahl- und Stimmrecht als Mittel zur Integration einzusetzen, wie dies die Regierung vorsieht. Wir sind klar der Auffassung, dass dieses Recht nur denjenigen Ausländerinnen und Ausländern erteilt werden darf, die bereits in unserem Gemeinwesen integriert sind. Weiter ist die FDP der Ansicht, dass es keinen Sinn macht, wenn in unserem kleinen Kanton jede Gemeinde autonom über die Erteilung des Ausländerstimmrechts entscheiden kann.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Zug



Andreas Kleeb
Präsident



Adrian Andermatt
Vizepräsident/Kantonsrat